

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

mit neuem Schwung und voller Ideen kommen wir aus der parlamentarischen Sommerpause zurück. **Unsere Herbstklausur in der kleinen Olympiahalle in München** haben wir erfolgreich gemeistert: Förderung der Start-Up- und Gründerszene, Zukunft des Schulunterrichts in Bayern unter Corona-Bedingungen und die



Anpassung von Städten an den Klimawandel sowie viele weitere drängende Themen standen auf dem Programm. Die dadurch neu gewonnenen Impulse finden sich auch in der **Regierungserklärung des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger** sowie in **weiteren Initiativen und Dringlichkeitsanträgen** der ersten Plenarsitzung vergangenen Mittwoch im Bayerischen Landtag wieder. Um Bayern, die Gesundheit seiner Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft zu schützen und zu stärken ist es jetzt geboten, wirksam und sinnvoll zu agieren, **um einen zweiten Lockdown zu verhindern.**



Herbstklausurtagung in München vom 09.-11.09.2020

R ü c k b l i c k

In seiner **Regierungserklärung** fasste Hubert Aiwanger die aktuelle Lage der Wirtschaft zusammen: **Die Auftragseingänge in der Industrie erholen sich langsam und die Arbeitslosenquote ist trotz des coronabedingten Anstiegs die niedrigste aller Bundesländer.** Diese positive Entwicklung belegt, dass wir als FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag mit unserer umsichtigen sowie entschlossenen Corona-Politik den richtigen Weg eingeschlagen haben. **Vor allem mit dem Corona-Rettungsschirm des Wirtschaftsministeriums, der bereits Mitte März aufgespannt und mit seinem umfangreichen Maßnahmenpaket sogar zum Vorreiter für den Bund wurde.** Damit haben wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag der Wirtschaft in Bayern zu einem raschen Neustart verholfen. Der beginnende Aufschwung ist vor allem dem vorausschauenden und beherzten Handeln des Wirtschaftsministers – etwa durch den frühen Start der Corona-Soforthilfen in Bayern – zu verdanken. Nun gilt es, auf dem Erreichten aufzubauen und die Weichen für die Zukunft zu stellen. Dazu gehört, wieder stärker auf **regionale Wirtschaftskreisläufe** zu setzen, gleichzeitig aber **gezielt in innovative Unternehmen und Start-Ups zu investieren**, um den Wirtschaftsstandort Bayern fit für die Zukunft zu machen.



Mit einem Dringlichkeitsantrag fordern wir die **Einführung einer europaweit gültige „Corona-Ampel“** nach dem Vorbild Österreichs oder Tschechiens. Diese soll eine transparente Darstellung des regionalen Infektionsgeschehens in ganz Europa ermöglichen – das ist wichtiger denn je! **Denn regionale Cluster und Hotspots brauchen starke regionale Antworten.** Durch den Vorschlag der EU-Kommission zur Einführung einer differenzierten Corona-Ampel kann genau das erreicht werden: Sie stellt nicht allein auf die in Deutschland übliche 7-Tages-Inzidenzrate ab, sondern darüber hinaus auf die **Gesamtzahl durchgeführter Tests pro 100.000 Einwohner**, den **Anteil positiver Tests**, die **Erklärbarkeit des lokalen Infektionsherdes** sowie die **Ressourcen im örtlichen Gesundheitssystem**. So wird die tatsächliche epidemische Lage für alle Bürgerinnen und

Bürger in Europa klar ersichtlich. Einheitliche Kriterien, die jeder verstehen und nachvollziehen kann, fördern die Akzeptanz von Anti-Corona-Maßnahmen erheblich und tragen auf diese Weise zu deren konsequenteren Umsetzung bei. **Um lokalen Corona-Ausbrüchen schnell und effizient begegnen zu können, benötigen wir jetzt ein Bündel von klugen Maßnahmen – und deshalb eine einheitliche Corona-Ampel für ganz Europa.**



Auch haben wir uns mit einem Dringlichkeitsantrag dafür eingesetzt, **die EU-Regionalleitlinien ab 2022 für Bayern gerechter zu gestalten.** Denn die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Regelungen zur regionalen und wirtschaftlichen Förderung würden gerade die bayerischen Grenzregionen zu Tschechien benachteiligen. Ein noch steileres Fördergefälle würde unsere Erfolge im wirtschaftlichen Aufholprozess dieser Region massiv gefährden. Es kann nicht sein, dass EU-Regionalfördergebiete, die Deutschland beispielsweise in Regionen um den Bayerischen Wald, Cham und Hof zugestanden werden, im gleichen Zug beschnitten werden. **Diese Art von Verwerfungen zwischen europäischen Regionen muss verhindert und ein gleichmäßiges Wachstum auf beiden Seiten der Grenzen gewährleistet werden.** Auch die fehlende Berücksichtigung des Brexit-Effekts in den künftigen Berechnungen der Fördergebiete bereitet uns Sorgen. Denn trotz des Austritts der Briten möchte die EU-Kommission an der alten Berechnungsmethode der nationalen Fördermöglichkeiten festhalten. So werden Deutschland und damit auch Bayern neben steileren För-

dertreppen in Grenzregionen zusätzlich von einem statistischen Berechnungseffekt getroffen: **Wir zahlen mehr, bekommen aber weniger. Das ist eine Milchmädchenrechnung für den Grenzraum.** Ob Corona-Krise, Brexit oder regional-wirtschaftliche Unterschiede: Wichtig ist eine sinnvolle, gleichmäßige und vor allem gerechte Förderung der Regionen in Bayern und Europa – schließlich lebt die EU von der Solidarität ihrer Mitgliedsstaaten untereinander.

Als Erfolg konnten wir klar verbuchen, dass sich unser Regierungspartner endlich unseren steuerpolitischen Forderungen anschließt. Denn **seit jeher fordern wir die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags.** So haben wir uns mit einer Vielzahl von Dringlichkeitsanträgen klar gegen den „Soli“ und **für eine Senkung von Unternehmenssteuern** starkgemacht. Doch die Umsetzung scheiterte bisher am Widerstand einiger Bundesländer und der Bundesregierung – an welcher die CSU beteiligt ist. Doch nun müssen den Worten auch Taten folgen. Die unsägliche Zuschlagsteuer zum Wiederaufbau der östlichen Bundesländer hat ihre Berechtigung bereits seit Jahren verloren und ist nun umgehend und ersatzlos zu streichen. **Mittelstand und Steuerzahler dürfen gerade in der Krise nicht weiter geschröpft werden: Der Soli muss endlich weg!**

Bedankt hat sich bei einer Gedenkfeier die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern Frau Charlotte Knobloch bei dem Landtagsabgeordneten **Hans Friedl für das Andenken an die Opfer jedes Jahr am Fliegerhorst Fürstenfeldbruck.** „Etwas traurig schien sie mir, dass die Stadt München das nicht für wichtig erachtet“, so MdL Friedl! "Das jüdische Leben war schon immer Bestandteil Bayerns. Dieses gilt es gegen jede Form von Antisemitismus zu schützen", bekräftigte Knobloch ihren Dank gegenüber Friedl. Der erneute Anstieg von Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland und Europa müsse deshalb eine Warnung sein. Auch Friedl weist darauf hin, dass sich an das Attentat zu erinnern auch bedeutet, **Verantwortung zu übernehmen - für die Vergangenheit und insbesondere für die Zukunft".**

Das Treffen mit der engagierten Präsidentin mit Hans Friedl kam im Rahmen eines Gedenkaktes der Landtagsfraktion der Freien Wähler am Denkmal im Denkmal für die Opfer des Olympiaattentats 1972 im Olympiapark München zustande.

„ERINNERN -GEDENKEN -HOFFEN!“



Hans Friedl mit Charlotte Knobloch am Rande des Gedenkakts beim Klagebalken am Olympiagelände



Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien einen schönen Start in den Herbst!

[Impressum Büro Hans Friedl MdL, Am Weinberg 26b, 82239 Alling](#)